



Initiative für Transparenz und Demokratie

LobbyControl · Friedrichstr. 63 · 50676 Köln

Timo Lange
0221 / 169 65 07
timo.lange@lobbycontrol.de
www.lobbycontrol.de

LobbyControl bemängelt Umgang der Regierungskoalition mit Europarat-Bericht zur Parteienfinanzierung

Köln, 28.Juni 2011

LobbyControl kritisiert den Umgang der Regierungskoalition mit dem Bericht der „Staatengruppe gegen Korruption“ (GRECO) zur Transparenz der Parteienfinanzierung in Deutschland. „Erst wurde das Thema verschleppt, jetzt sollen auf letzten Drücker in einer Stellungnahme wichtige Empfehlungen für mehr Transparenz und Korruptionsbekämpfung einfach abgelehnt werden. Das ist ein Armutszeugnis für die Parteien, insbesondere die Regierungsfractionen“, kritisiert Timo Lange von LobbyControl. „Wir fordern eine umfassende Umsetzung der Empfehlungen.“

Die von Deutschland mitgegründete Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) des Europarats veröffentlichte ihren Bericht bereits 2009. Dabei wurden erhebliche Mängel bei der Transparenz der Parteienfinanzierung festgestellt. Bis zum 30. Juni 2011 bekam der Bundestag Zeit, über die Umsetzung der Empfehlungen zur Verbesserung der Transparenz und Korruptionsvermeidung zu berichten. Einen Tag vor Fristablauf steht das Thema nun erneut im Innenausschuss auf der Tagesordnung.

In einer LobbyControl vorliegenden Stellungnahme der Rechtsstellungskommission des Ältestenrats zum Thema Direktspenden an Abgeordnete werden die Empfehlungen des GRECO-Berichts rundheraus zurückgewiesen. Handlungsbedarf wird nicht gesehen. „Dabei ist gerade die Frage der Abgeordnetenspenden wichtig, um Einflussnahme über finanzielle Zuwendungen zu vermeiden,“ erläutert Timo Lange. „Wir fordern die Bundesregierung auf, Direktspenden an Abgeordnete ganz zu verbieten oder zumindest die Offenlegungspflichten erheblich auszuweiten.“ Laut Rechtsstellungskommission reiche es aus, dass die Abgeordneten selbst wüssten, wer sie mit Spenden unter 5.000 Euro bedacht habe und dass Spenden zwischen 5.000 und 10.000 Euro beim Bundestagspräsidenten angezeigt würden. „Diese Regeln schaffen aber keine Transparenz für die Wählerinnen und Wähler. Durch Stückelung können hier erhebliche Summen an den Augen der Öffentlichkeit vorbei geschleust werden“, so Lange weiter.

Auch Abgeordnete der Oppositionsparteien kritisieren das Vorgehen der Regierungskoalition. So schrieb der Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion von Bündnis90/Die Grünen, Volker Beck, an den Vorsitzenden der Rechtsstellungskommission, Hermann Otto Solms (FDP), „[...] dass ich die gewählte Verfahrensweise, zunächst die vorgeschlagene Stellungnahme abzugeben und erst danach die im GRECO-Evaluierungsbericht vorgeschlagenen Änderungen hinsichtlich der bestehenden Spendenregelungen ggf. noch einmal zu überdenken für nicht sinnvoll erachte.“ Gabriele Fograscher (SPD) kommentierte auf Anfrage durch LobbyControl: „Auch mir ist das Vorgehen der Rechtsstellungskommission unverständlich.“ Dagmar Enkelmann distanziert sich für die LINKE gegenüber LobbyControl: „Ich habe für DIE LINKE klar gemacht, dass wir

ein Verbot der Spenden an Abgeordnete und wirksame Sanktionen, wie von GRECO gefordert, regeln wollen.“

Abgeordnete der Regierungskoalition rechtfertigten LobbyControl gegenüber die Position der Rechtsstellungskommission: Michael Grosse-Broemer (CDU) erklärte, dass er die Stellungnahme „inhaltlich uneingeschränkt“ mittrage, die bisherigen Regeln „durchaus sachgerecht“ seien und er keinen Handlungsbedarf sehe. Der Berichterstatter der FDP im Innenausschuss, Stefan Ruppert, betonte, dass sich die FDP grundsätzlich „für mehr Transparenz im Bereich der Parteienfinanzierung“ einsetze. „Wir Liberale fordern u.a. im Bereich des Sponsorings mehr Offenheit. Eine gesonderte Aufführung von Sponsoring-Einnahmen im Rechenschaftsbericht der Parteien steht für uns hierbei an erster Stelle.“ Zum Thema Direktspenden wollte sich Ruppert jedoch nicht äußern.

Parteisponsoring- und Parteispendenregelungen sind weitere Bereiche, die der GRECO-Bericht neben den Direktspenden an Abgeordnete untersucht. Die Staatengruppe empfiehlt eine deutliche Absenkung der Offenlegungsgrenzen bei Parteispenden. „Das ist eine Empfehlung die wir ausdrücklich unterstützen. Bei rund 80% des Spendenaufkommens bleibt die Herkunft der Spenden für die Öffentlichkeit völlig unsichtbar, da erst Spenden über 10.000 offengelegt werden müssen. Skandale wie der um den Spielautomatenbetreiber Gauselmann zeigen, dass diese Intransparenz ein Einfallstor für verdeckte Einflussnahme ist“, so Lange. Auch beim Parteisponsoring besteht Regelungsbedarf. Derzeit herrscht Unklarheit darüber, welche Rechtsgrundlage für Sponsoring gilt. Dementsprechend empfiehlt GRECO: „Angesichts der großen praktischen Bedeutung von Sponsoring in Deutschland empfiehlt das GRECO-Evaluierungsteam zu klären, unter welchen Bedingungen Parteisponsoring erlaubt ist und welches Rechts-, Rechnungslegungs- und Finanzsystem gelten soll.“

Selbst Bundestagspräsident Norbert Lammert forderte bereits im vergangenen Jahr eine Präzisierung des Parteiengesetzes mit Bezug auf Sponsoring. „Dieser Aufforderung ist die Regierungskoalition bis heute nicht nachgekommen“, kritisiert Lange. „Nun sieht es so aus, als würde die nächste Gelegenheit ohne konkrete Ergebnisse verstreichen. Von einer Umsetzung der Empfehlungen sind wir noch weit entfernt. Das ist ein Armutszeugnis für ein Land, das in Sachen Korruptionsbekämpfung international eine Vorreiterrolle einnehmen möchte.“

Kritisch sieht LobbyControl auch, wie über Regelungsfragen beim Thema Parteienfinanzierung und Transparenz im Parlament verhandelt wird. „Die Art und Weise wie über Fragen der Transparenz quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit diskutiert wird, ist skandalös. Sei es das Thema Nebeneinkünfte oder die Frage von Parteisponsoring – sobald es um mehr Transparenz und bessere Regulierung von Geldflüssen zu den Parteien oder den Abgeordneten selbst geht, scheuen die Bundestagsfraktionen den kritischen Blick der Öffentlichkeit. Dabei sind gerade das Themen, bei denen die Bürgerinnen und Bürger ein besonderes Mitspracherecht haben sollten, geht es hier doch um die Unabhängigkeit der Abgeordneten und der Parteien und damit um die Demokratie selbst.“

Kontakt und weitere Informationen:

Timo Lange, LobbyControl e.V., www.lobbycontrol.de

timo.lange@lobbycontrol.de, ++49(0)163-275 11 10